Menschenrechte und Zivilgesellschaft in Belarus

Begleitbroschüre zur gemeinsamen Ausstellung von:

AMNESTY INTERNATIONAL

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG BSV

dbg.

KULTUR AKTIV

Libereco Partnership for Human Rights

Mit freundlicher Unterstützung des:

G|M|F The German Marshall Fund of the United States

STRENGTHENING TRANSATLANTIC COOPERATION

Zivilgesellschaft unter Druck 4

Gewissensgefangene 14

Internationaler Einsatz für die Achtung der Menschenrechte 19

Zivilgesellschaftliches Engagement in Belarus (Weißrussland) erfordert mitunter großen Mut. Einschüchterung, Schikane, Verfolgung - damit muss rechnen, wer sich in Belarus politisch oder zivilgesellschaftlich engagiert.

Was geht vor in dem Land, in dem seit 1994 Alexander Lukaschenko herrscht und das oft als letzte Diktatur Europas bezeichnet wird? Unter welchen Bedingungen existiert die dortige Zivilgesellschaft und demokratische Opposition? Wie steht es um die Lage der Menschenrechte?

Mit der vorliegenden Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung wollen wir Antworten auf diese Fragen geben und zeigen, welchen Repressionen die belarussische Zivilgesellschaft ausgesetzt ist.

Belarus nach den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010 – das ist ein Land, in dem friedliche Demonstranten von der Polizei brutal zusammengeschlagen und vom KGB gefoltert werden. Ein Land, in dem Schauprozesse stattfinden, in denen Präsidentschaftskandidaten und Regimegegner zu jahrelangen Haftstrafen in Gefängnissen und Arbeitslagern verurteilt werden. Ein Land aber auch, in dem sich Menschen trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren in Bürgerinitiativen und Menschenrechtsorganisationen engagieren. Die Antwort der belarussischen Zivilgesellschaft auf die Verhaftung von ca. 700 Menschen nach der gewaltsamen Auflösung einer Protestkundgebung am Wahlabend war eine eindrückliche Welle der Solidarität mit den Inhaftierten. Große Berge an Kleidung, Lebensmitteln und Hygieneartikeln wurden gesammelt, um den Gefangenen zu helfen. Zurecht wurden die Initiatoren dieser Hilfsaktion im Februar 2011 als „Helden der Zivilgesellschaft“ vom unabhängigen belarussischen NGO-Dachverband geehrt.

Es darf auch uns nicht gleichgültig sein, was in Belarus, einem Land im Herzen Europas, vor sich geht. Unsere Antwort auf die Menschenrechtsverletzungen muss eindeutig sein: wir unterstützen die Opfer staatlicher Repression und Verfolgung und setzen uns mit aller Kraft für die Freilassung aller Gewissensgefangenen in Belarus ein. Die für Folter und andere Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen dürfen nicht straffrei bleiben.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für die Achtung der Menschenrechte in Belarus, sei es durch aktive Mitarbeit oder durch eine Spende. Die Menschen in Belarus hoffen darauf, dass wir nicht wegschauen sondern hinsehen und handeln.

2010

© Unser Haus

Ein Mitglied der Graswurzelbewegung Unser Haus (Nasch Dom) verteilt Informationen (Belarus, 2010)

Es zieht durch einen breiten Schlitz am Fenster, im Hausflur funktioniert das Licht schon lange nicht mehr und vor dem Haus wechselt sich rissiger Asphalt mit schlammigem Fußweg ab. Zustände wie diese sind in belarussischen Städten keine Seltenheit in den Wohnhäusern und das, obwohl die BewohnerInnen regelmäßig für die Instandhaltung der Wohnhäuser zur Kasse gebeten werden. 2005 starteten AktivistInnen deshalb eine BürgerInnenkampagne, die HausbewohnerInnen hilft, ihre Rechte auf Reinigung und Instandhaltung der Hausflure gegenüber den kommunalen Wohnungsgesellschaften durchzusetzen. Die wichtigsten Mittel sind dabei Flugblätter, die „Unser Haus“ regelmäßig an über 150.000 Haushalte verteilt, sowie Rechtshilfe für BürgerInnen und Aktionen, wie beispielsweise Unterschriftensammlungen für kollektive Beschwerden und Sammelklagen bei lokalen Behörden. Auch vor Gericht kann „Unser Haus“ mit einer Erfolgsquote von ca. 40% aufwarten und somit auch MitstreiterInnen vor Strafen schützen. Auf Anregung und Druck von „Unser Haus“ haben mehrere Stadtverwaltungen die vernachlässigte Instandhaltung von Hausfluren wieder aufgenommen, Bushaltestellen wurden eingerichtet und Straßen asphaltiert. Inzwischen ist „Unser Haus“ in 15 Städten vertreten und setzt sich neben lokalen Problemen der Wohnungswirtschaft auch gegen Polizeigewalt und politische Repression ein.

(Verfasser: Bund für Soziale Verteidigung)

2007

© Andrei Liankevich

Konspirative Theater-Aufführung des vom Staat nicht zugelassenen Belarus Free Theatre (Minsk, 2007)

Das Belarus Free Theatre ist die einzige freie Theatergruppe in Belarus und besteht seit 2005. Gegründet wurde es von der Menschenrechtsaktivistin und Journalistin Natalia Koliada, ihrem Lebensgefährten, dem Autor Nikolai Khalezin, und dem Regisseur Vladimir Shcherban. Seine Arbeit will das Künstlerkollektiv nach eigener Aussage „erst nach dem Ende der herrschenden Diktatur“ einstellen. Die Mitglieder des Belarus Free Theatre sind in ihrer Heimat starken Repressionen ausgesetzt, alle Ensemblemitglieder haben offiziell Berufsverbot und dürfen an staatlichen Bühnen nicht spielen. Sie leben und arbeiten in ständiger Gefahr der Verhaftung im Untergrund. Sämtliche Inszenierungen entstehen in einem baufälligen Haus am Rande der weißrussischen Hauptstadt Minsk. Hier finden mittlerweile nun auch alle Proben und Aufführungen statt, nachdem man anfänglich an wechselnden Orten in Cafés, Privatwohnungen oder sogar unter freiem Himmel in abgelegenen Waldstücken gespielt und damit immer wieder die in Belarus gängige Praxis der Tabuisierung gesellschaftlicher Konflikte konterkariert hat. Aufgrund der Repressionswelle, die seit dem 19. Dezember 2010 durchs Land geht, sind die meisten Mitglieder des Theaters zu ihrer eigenen Sicherheit derzeit im Ausland und reisen nur inkognito nach Belarus. International unterstützt wird die Theatergruppe von befreundeten Künstlern und Theatermachern, darunter der britische Dramatiker und Drehbuchautor Tom Stoppard, der Rolling Stone Mick Jagger, die Schauspieler Jude Law und Kevin Spacey sowie der ehemalige tschechische Präsident und frühere Dissident Vaclav Havel.

2010

© ags.by

Aktivisten der Kampagne für die Einführung eines Zivildienstes in Belarus informieren Soldaten über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (Minsk, Mai 2010)

Bisher gibt es keinen Zivildienst in Belarus für junge Männer, die aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigern. Belarus verletzt mit der alternativlosen Wehrpflicht das Menschenrecht auf Gewissensfreiheit. Eigentlich sieht Artikel 57 der belarussischen Verfassung seit 2001 einen Zivildienst vor, aber ein entsprechendes Zivildienstgesetz wurde bisher nicht erarbeitet. Nach der Verurteilung von zwei Wehrdienstverweigerern, Dzmitry Smyk im November 2009 und Ivan Mikhailau am 1. Februar 2010, startete Libereco zusammen mit dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und anderen europäischen NGOs eine Kampagne für die Freilassung von Ivan Mikhailau aus dem Gefängnis und für die Einführung eines Zivildienstes in Belarus. In Belarus erhöhte die Kampagne „Für einen alternativen zivilen Dienst in Belarus“ (AGS) den politischen Druck vor Ort. Am 18. Februar 2010 zeitigte die Kampagne einen ersten Erfolg als Präsident Lukaschenko endlich die Ausarbeitung eines Zivildienstgesetzes in Auftrag gab. Bedauerlicherweise wird die Diskussion des Gesetzentwurfs ausschließlich von einer Arbeitsgruppe der Regierung geführt, während belarussische NGOs nicht am Prozess beteiligt sind. Deshalb haben verschiedene Nichtregierungsorganisationen im August 2010 einen eigenen Vorschlag für ein Zivildienstgesetz erarbeitet. Im März 2010 wurde Ivan Mikhailau einige Tage früher als erwartet aus dem Gefängnis entlassen. Auch Dzmitry Smyks Strafe wurde aufgehoben. Trotzdem können Mikhailau und Smyk nach wie vor zum Militärdienst eingezogen werden. Anfang Juni 2010 wurde Yauhien Yakavenka, der von den Behörden eine Alternative zum Wehrdienst forderte, aufgrund seiner Wehrdienstverweigerung zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt, am 23. Juli 2010 jedoch begnadigt. Dennoch ist er weiterhin zum Wehrdienst verpflichtet. Libereco und der BSV fordern die belarussischen Behörden auf, zeitnah ein Zivildienstgesetz auszuarbeiten und in Kraft zu setzen und belarussische NGOs in den Prozess der Erarbeitung des Gesetzes einzubeziehen. Niemand, der den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert, darf zum Wehrdienst verpflichtet werden, sondern muss einen alternativen zivilen Dienst leisten können.

2009

© Mikola und Yulia Bianko, Assembly of Belarusian NGOs

Als Weihnachtsmänner verkleidete Vertreter der belarussischen Zivilgesellschaft fordern die Abschaffung des Strafrechtsartikels 193.1 (Minsk, Oktober 2009)

Aufgrund des belarussischen Strafrechtsartikels 193.1 können die Mitgliedschaft oder Aktivitäten in einer nicht staatlich registrierten Organisation mit bis zu 2 Jahren Gefängnis bestraft werden. Seit Einführung von Artikel 193.1 im Jahre 2006 wurden 17 Personen verurteilt. Dutzende Angehörige der Zivilgesellschaft wurden wegen ihres Engagements in nicht zugelassenen NGOs bereits offiziell von der Staatsanwaltschaft verwarnt (der nächste Schritt wäre eine Haftstrafe). Nichtregierungsorganisationen sind in Belarus großem Druck des Staates ausgesetzt, viele wurden verboten oder versuchen seit Jahren vergeblich, sich registrieren zu lassen. Die Registrierung von NGOs wird meist aus fadenscheinigen Gründen verweigert, um die belarussische Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu halten und den Machtanspruch des herrschenden Regimes nicht durch Aktivitäten kritischer Bürger zu gefährden. So sind zahlreiche Belarussen durch ihr Engagement in nicht registrierten Organisationen täglich der potentiellen Gefahr ausgesetzt, deshalb verfolgt und bestraft zu werden. Die Assembly of Pro-Democratic NGOs of Belarus hat eine Kampagne „Stop 193.1“ lanciert, in deren Rahmen belarussische und internationale Organisationen die Abschaffung von Artikel 193.1 fordern – z.B. verkleidet als Angehörige der nicht registrierten Organisation der Weihnachtsmänner...

2009

© Jura Sidun, Generation.by

Jugendliche weisen mit einer Kissenschlacht auf die fehlende Versammlungsfreiheit hin, mehrere Teilnehmer werden festgenommen (Minsk, August 2009)

Weltweit versammeln sich Menschen an zahlreichen Orten immer wieder zu so genannten Flashmobs. So werden kurze, scheinbar spontane Menschenaufläufe auf öffentlichen oder halböffentlichen Plätzen bezeichnet, bei denen sich die Teilnehmer persönlich nicht kennen und ungewöhnliche Dinge tun. Auch in Minsk finden immer wieder Flashmobs und insbesondere öffentliche Kissenschlachten zumeist jugendlicher Teilnehmer statt. Da die Polizei in Belarus rigoros gegen nicht genehmigte Versammlungen vorgeht, kommt es hierbei immer wieder zu Verhaftungen von Teilnehmern. Flashmobs in Belarus weisen mit ihrer spontanen Versammlungsart immer auch auf die im Lande weitgehend fehlende Versammlungsfreiheit hin.

Nach einer Massen-Kissenschlacht in Minsk im Juli 2010 wurde deren Organisator, der Oppositionelle und frühere Gewissensgefangene Andrej Kim, zu einer Geldstrafe von umgerechnet 450 Euro verurteilt. Etwa 300 Menschen hatten sich n der Nähe der Nationalbibliothek eine nicht genehmigte Kissenschlacht geliefert, 70 zumeist junge Leute sind deshalb festgenommen worden. Mit der Aktion sollte nach Angaben von Andrej Kim die Schlacht von Grunwald vor genau 600 Jahren zwischen dem Deutschen Orden und einem polnisch-litauischen Heer „nachgestellt" werden.

2010

© Maksim Sarychau

Der soziale Aktivist Barys Ashchepkau wurde 2010 für sechs Tage willkürlich inhaftiert. In seiner Freizeit kocht er vegetarisches Essen und schenkt es armen Menschen (Minsk, 2010)

Weil sie verdächtigt wurden, am 30. August 2010 einen Anschlag auf die russische Botschaft in Minsk verübt zu haben, wurden 18 Personen verhaftet. Die Inhaftierten waren Anarchisten sowie Aktivisten aus Sozial- und Umweltinitiativen. Da es in Belarus gegen das Gesetz verstößt, jemanden länger als 3 Tage ohne Anklage zu inhaftieren, wurden die willkürlich Verhafteten alle 72 Stunden „neu" festgenommen. Der 18-jährige Barys Ashchepkau, ein Aktivist der Bewegung „Essen statt Bomben", kocht vegetarische Mahlzeiten und verschenkt diese an Obdachlose. Während der Verhaftungswelle war 6 Tage inhaftiert. Wie alle anderen Jugendlichen wurde er nicht angeklagt. Sein Schicksal ist ein typisches Beispiel einer willkürlichen Verhaftung.

(Verfasser: Maksim Sarychev)

Weitere Informationen zu willkürlich inhaftierten Aktivisten in Belarus sind im Internet veröffentlicht: *http://sarychev.org/stories/arbitrary-detentions-2010/en.html*

2010

© Marco Fieber

Mahnwache in Erinnerung an die 1999 und 2000 in Belarus «verschwundenen» Regimekritiker (Minsk, August 2010)

Bis heute sind die Fälle der in den Jahren 1999-2000 „verschwundenen" Regimekritiker in Belarus offiziell nicht aufgeklärt. Am 7. Mai 1999 verschwand der frühere Innenminister Juri Sacharenko. Am 16. September 1999 verschwanden der frühere Vize-Sprecher des letzten demokratisch gewählten belarussischen Parlaments, Viktor Gontschar, und der Unternehmer Anatolij Krasowskij. Am 7. Juli 2000 verschwand der frühere Kameramann Lukaschenkos, Dmitrij Sawadzki.

Im Jahre 2004 legte der zypriotische Europaratsdelegierte Christos Pourgourides einen umfassenden Bericht zu den „Verschwundenen" vor, der Beweise für den Mord an den Männern aufführt und zu dem Schluss kommt, dass die politische Verantwortung für die Verschwundenenfälle direkt bei Präsident Lukaschenko zu suchen sei. Der Europarat forderte 2004 aufgrund des Pourgrouides-Berichts eine internationale juristische Untersuchung der Fälle. 2006 legte der Verein Menschenrechte in Belarus e.V. eine umfängliche Dokumentation mit Faksimiles offizieller Schriftstücke und einer Abbildung der vermutlichen Exekutionspistole vor, welche die Folgerungen des Pourgourides-Berichts stützen. In Minsk erinnern Dissidenten regelmäßig mit Mahnwachen an die „Verschwundenen".

2011

© Maria Khrustaliova, Assembly of Belarusian NGOs

Auszeichnung der «Helden der Zivilgesellschaft», die Solidaritätsaktionen für die nach dem 19. Dezember inhaftierten Menschen organisiert haben (Minsk, Februar 2011)

Organisiert von der Assembly of Pro-Democratic NGOs, dem unabhängigen Dachverband der belarussischen Nichtregierungsorganisationen, wurden am 22. Februar 2011 in Minsk die „Helden der Zivilgesellschaft 2010" ausgezeichnet. Die Auszeichnung fand nach der Premiere im Dezember 2009 zum zweiten Mal statt. Mit der Auszeichnung sollen die größten Erfolge von Aktivisten, Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft gewürdigt werden. Die Liste der Preisträger wurde von einer Arbeitsgruppe der Assembly gemeinsam mit unabhängigen Experten zusammengestellt. Die „Helden der Zivilgesellschaft 2010" sind:

1. Zivilgesellschaftliche Kampagne 2010: „Menschenrechtsverteidiger für freie Wahlen", lanciert vom belarussischen Helsinki Komitee und dem Menschenrechtszentrum Viasna
2. Führer der Zivilgesellschaft 2010: Zhanna Litvina, Vorsitzende des Belarussischen Journalistenverbandes BAJ
3. Regionale Veranstaltung 2010: Festival „Dein Stil" der „Jungen Journalisten" im Sommer 2010 in Grodno
4. Aktion des Jahres 2010: Solidaritätsaktion mit den Verfolgten des 19. bis 20. Dezember 2010 dessen Hauptziel die Hilfe für die aus politischen Gründen Inhaftierten war
5. Registrierung des Jahres 2010: „Vereinigung für Ergänzende Bildung", die gegen die Verweigerung ihrer Zulassung vor Gericht klagte und dadurch schließlich registriert wurde
6. Registrierungs-Verweigerung des Jahres 2010: Regionalverwaltung Brest, welche die Registrierung der NGO „Brest Viasna" schon fast zehnmal verweigert hat
7. Beliebtester Ort für Treffen von Aktivisten der Zivilgesellschaft 2010: Buchhandlung „Ў" in Minsk
8. Neue Initiative des Jahres 2010: Initiative „Guardian Angels", die sich nach den „Wahlen" bildete und Hilfe für alle Inhaftierten des 19.-20. Dezember organisierte
9. Sonderpreis für die zivilgesellschaftliche Nutzung des Internets 2010: Bloggerin Zmagarka (Tatsiana Yelavaya), die eine Online-Untersuchung der Ereignisse des Dezember 2010 in ihrem Blog veröffentlichte

(Verfasser: Assembly of Pro-Democratic NGOs of Belarus)

2011

© Jura Sidun, Generation.by

Kunstprojekt «Freiheit auf dem Papier»: da echte Kundgebungen nicht zugelassen sind, demonstrieren Papier-Belarussen auf dem Oktoberplatz (Minsk, 2011)

Das Bild der Papier-Demonstranten stammt aus einer Serie von Bildern eines Street Art Projektes aus Minsk. Es soll an den 25. März erinnern, ein Datum jährlicher Demonstrationen aus Anlass des Tages, an dem 1918 die Unabhängigkeit der Belarussischen Volksrepublik erklärt wurde. Seit dem 19. Dezember 2010 herrscht in der belarussischen Gesellschaft jedoch ein Gefühl der Angst vor. Es ist unglaublich traurig, das winzige Figuren auf einem Blatt Papier die Freiheit haben, sich auf dem Oktoberplatz zu versammeln und weiß-rot-weiße Farben zu tragen, dies den real lebenden Belarussen aktuell jedoch nicht möglich ist. Dieses Projekt symbolisiert, dass trotz der Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Gerichtsprozesse, der Protest weiterhin in den Köpfen der Menschen präsent ist. Aber es sendet auch die Hoffnung aus, dass diese Figuren eines Tages wir sein werden – reale Belarussen in einem freien und demokratischen Staat, die ihre Unabhängigkeit von autoritärer Herrschaft feiern werden.

(Verfasser: generation.by)

Belarus ist das vom Super-Gau im Atomkraftwerk Tschernobyl am stärksten betroffene Land. Knapp 70 Prozent des gesamten radioaktiven Niederschlags gingen auf belarussischem Gebiet nieder. Fast ein Viertel des Bodens in Belarus wurde verseucht. 338.000 Menschen siedelten zwangsweise oder auf eigene Initiative um.

Traditionellerweise findet am 26. April, dem Jahrestag der Reaktorkatastrophe, in Minsk ein Tschernobyl-Gedenkmarsch statt, in dessen Umfeld es bereits in der Vergangenheit immer wieder zu willkürlichen Festnahmen friedlicher Demonstranten kam. Der Tschernobylmarsch zum 25. Jahrestag des Tschernobyl-Unglücks am 26. April 2011 in Minsk wurde von den Behörden verboten und von der Polizei aufgelöst. Den Demonstranten wurde lediglich gestattet, sich in einem abgesperrten Park fernab des Stadtzentrums zu versammeln.

2011

© Uladzimir Hrydzin

Die Demonstration zum 25. Jahrestag des Tschernobylunglücks wurde von der Polizei verboten und aufgelöst (Minsk, April 2011)

2010

© Uladzimir Hrydzin

Gewaltsame Auflösung friedlicher Proteste am Wahlabend des 19. Dezember 2010, mehr als 700 Menschen werden verhaftet (Minsk, Dezember 2010)

Der 19. Dezember 2010 – Ein trauriger Tag für Europa

In Belarus wurden die Proteste gegen die Fälschung der dortigen Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 brutal aufgelöst. Mehr als 700 Menschen, darunter 7 der 9 Präsidentschaftskandidaten wurden inhaftiert. Laut der belarussischen Menschenrechtsorganisation Viasna wurden die Gefangenen in großen Gruppen zum Gericht gebracht, wo sie größtenteils zu 5 bis 15 Tagen Haft verurteilt wurden. Die Verfahren fanden zumeist ohne Rechtsbeistand statt und dauerten mitunter nur 5 Minuten. Die Angeklagten hatten keine Möglichkeit, ihre Unschuld zu bekunden oder Zeugen aufzurufen. Angehörige, Freunde und Unterstützer organisierten daraufhin stille Mahnwachen und eine große Sammlung von Kleidung, Lebensmitteln und Hygieneartikeln für die Inhaftierten. Hunderte Menschen mussten Weihnachten und den Jahreswechsel in einer Gefängniszelle verbringen.

Seit dem 19. Dezember 2010 sehen sich Oppositionelle, Journalisten und Menschenrechtler ständigen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Verhören des KGB gegenüber. Die gesamte Zivilgesellschaft ist einer nie dagewesenen staatlichen Repressionswelle ausgesetzt. Dutzende Dissidenten mussten außer Landes fliehen und haben im Ausland politisches Asyl erhalten. In Schauprozessen werden die Regimegegner seit Februar 2011 zu teils jahrelangen Haftstrafen in Arbeitslagern und Gefängnissen verurteilt. Mehrere von ihnen berichten darüber, während ihrer Inhaftierung gefoltert und misshandelt worden zu sein. Nach Libereco vorliegenden Informationen waren im Mai 2011 weiterhin ca. 30 bis 40 politische Gefangene in Belarus inhaftiert. Eine regelmäßig aktualisierte Liste der Gefangenen ist auf der Webseite www.lphr.org veröffentlicht.

Libereco setzt sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in Belarus ein. Denn wir dürfen die Menschen in Belarus jetzt nicht vergessen. Diese gravierenden Menschenrechtsverletzungen, von denen wir täglich erfahren, passieren nicht irgendwo weit weg, sondern mitten in Europa.

Zmitser Dashkevich

Der Vorsitzende der weißrussischen oppositionellen Jugendbewegung Malady Front (Junge Front), Zmitser Dashkevich, und Eduard Lobau, Mitglied der Malady Front sind am 25. März 2011 zu zwei bzw. vier Jahren Haft in einem Arbeitslager verurteilt worden. Man hatte sie für schuldig befunden, am Vortag der Präsidentschaftswahl Passanten tätlich angegriffen zu haben. Ein anderer Aktivist der Malady Front, der bei dem Vorfall anwesend war, teilte mit, dass die Gruppe selbst angegriffen worden sei und die beiden Männer inhaftiert worden seien, um ihre Teilnahme an der Großkundgebung gegen die Wahlfälschung am folgenden Tag zu verhindern. Der Aktivist gab an, vier Männer hätten sie nach dem Weg gefragt und Zmitser Dashkevich und Eduard Lobau dann mit Fausthieben traktiert. Innerhalb weniger Minuten sei die Polizei eingetroffen und hätte ohne Fragen zu stellen die drei Aktivisten und zwei der Angreifer festgenommen. Zmitser Dashkevich und Eduard Lobau wurden aufgrund der Aussagen der beiden Angreifer in einem Schauprozess für schuldig befunden.

Bereits von 2006 bis 2008 war Zmitser Dashkevich 16 Monate lang wegen Aktivitäten in einer nicht registrierten Organisation inhaftiert. Bisher hat die Malady Front sechsmal die Registrierung beantragt, was vom Regime stets verweigert wurde.

Weißrussische und internationale Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und Libereco – Partnership for Human Rights, betrachten Zmitser Dashkevich und Eduard Lobau als Gewissensgefangene und fordern ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.

2011

© bymedia.net

Der vor dem Wahlsonntag festgenommene Gewissensgefangene Zmitser Dashkevich wird zu 2 Jahren Haft verurteilt (Minsk, März 2011)

2011

© Siarhei Hudzilin

Präsidentschaftskandidat Andrej Sannikow wurde in Haft gefoltert und zu 5 Jahren Gefängnis v erurteilt (Minsk, Mai 2011)

Philipp Mißfelder, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Jungen Union hat eine Gefangenen-Patenschaft für Zmitser Dashkevich übernommen und setzt sich damit aktiv für dessen Freilassung ein. Das Patenschafts-Programm für die politischen Gefangenen in Belarus wurde von Libereco - Partnership for Human Rights initiiert, um die Gefangenen und ihre Angehörigen zu unterstützen.

Andrej Sannikow

Der frühere belarussische Vize-Aussenminister und Präsidentschaftskandidat 2010, Andrej Sannikow, wurde am Wahlabend des 19.12.2010 bei der gewaltsamen Auflösung friedlicher Proteste gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen brutal zusammengeschlagen. Am 14. Mai 2011 verurteilte ein Gericht in Minsk ihn in einem Schauprozess zu 5 Jahren Haft.

Am 12. Mai 2011 gab Andrej Sannikow während seines Gerichtsverfahrens zu Protokoll, dass er in der Haft physisch und psychisch misshandelt worden ist. Außerdem sei ihm trotz starker Schmerzen die medizinische Versorgung verweigert worden. Er gab eine Erklärung ab, in der er betonte, er sei unter Folter gezwungen worden, sich selbst zu belasten. Nach seiner ersten Verhaftung am 19. Dezember 2010 habe man auf ihn eingeprügelt und es ihm über Stunden hinweg verwehrt, eine Toilette aufzusuchen. Tag für Tag, so Andrej Sannikow, habe er seine gesamten Habseligkeiten in einen unbeheizten Keller schleppen müssen. Dort sei er über lange Zeiträume hinweg gezwungen worden, sich unbekleidet mit gespreizten Beinen und ausgestreckten Armen an eine Wand zu stellen. Zudem habe er über lange Zeiträume hocken müssen. In diesen Positionen habe er selbst dann noch verharren müssen, als er über Schmerzen im Bein klagte, an dem er bei seiner Festnahme Verletzungen erlitten hatte. Andrej Sannikow teilte ferner mit, in dem Raum hätten sich maskierte Personen aufgehalten, die mit Knüppeln gegen die Wände geschlagen, ihn angebrüllt und getreten hätten. Während seiner gesamten Zeit in Haft habe er Handschellen tragen müssen. Außerdem sei er gezwungen worden, sich in äußerst unbequemer Körperhaltung fortzubewegen.

Als er sich in einer Unterredung mit dem Vorsitzenden des Geheimdienstes KGB weigerte, ein Geständnis abzulegen, wurde Andrej Sannikow nach eigenen Angaben gedroht: „Dann müssen wir eben gegenüber deiner Frau und deinem Kind härtere Maßnahmen ergreifen". Andrej Sannikow nahm die Drohung sehr ernst und sicherte seine Zusammenarbeit zu, da er wusste, dass sich auch seine Frau in Haft befand und Schritte eingeleitet worden waren, um für seinen Sohn eine Pflegefamilie zu finden. Mit einem Rechtsanwalt durfte sich Andrej Sannikow erstmals am 22. März 2011 unter vier Augen beraten. Zu diesem Zeitpunkt saß er bereits mehr als drei Monate im Gefängnis ein. Im ersten Monat hatte er weder Briefe versenden noch erhalten dürfen. Überhaupt, so Andrej Sannikow, sei er von Informationen aus der Welt außerhalb des Gefängnisses abgeschnitten gewesen.

Der Gesundheitszustand von Andrej Sannikow verschlechterte sich in der Haft. Er leidet unter Gicht und wird von starken Schmerzen geplagt. Seiner wiederholten Bitte, während der gerichtlichen Anhörung mit Schmerzmitteln versorgt zu werden, wurde nicht entsprochen. Mehrmals bat Andrej Sannikow auch vergeblich darum, den Prozess zu unterbrechen, weil es ihm gesundheitlich sehr schlecht ging. Ein Amtsarzt suchte ihn zwar auf, erklärte jedoch anschließend, Andrej Sannikow benötige keine weitere medizinische Behandlung. Auch dem Antrag der Verteidigung, die mehrfachen Bitten des Angeklagten um Hinzuziehung eines Arztes aktenkundig zu machen, gab das Gericht nicht statt. Während des Prozesses wurde Andrej Sannikow nur unzureichend mit Nahrung und Wasser versorgt.

Belarussische und internationale Menschenrechtsorganisationen betrachten

2010

© bymedia.net

Mahnwache vor dem Akrestina-Gefängnis für die Freilassung der nach dem 19. Dezember inhaftierten politischen Gefangenen (Minsk, Dezember 2010)

2010

© Anastasia Kazhapenka

Sammlung von Kleidung, Lebensmitteln und Hygieneartikeln für die inhaftierten Demonstranten (Minsk, Dezember 2010)

Andrej Sannikow als Gewissensgefangenen, der allein aufgrund der friedlichen Ausübung seiner Menschenrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert wurde, und fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

Marieluise Beck, Sprecherin für Osteuropa der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Grüne, hat eine Gefangenen-Patenschaft für Andrej Sannikow übernommen und setzt sich damit aktiv für seine Freilassung ein.

2010

© jef.eu

Europaweite «Free Belarus»-Aktion der Jungen Europäischen Föderalisten (Zagreb, Dezember 2010)

JEF Free Belarus Aktion – Schweigen für mehr Demokratie

Im Dezember 2010, drei Tage vor den belarussischen Präsidentschaftswahlen, haben junge Menschen in mehr als 100 Städten auf der ganzen Welt Demokratie für Belarus gefordert. Tausende Statuen wurden geknebelt – symbolisch am Sprechen gehindert, um auf die Situation in Belarus aufmerksam zu machen. Seit den belarussischen Präsidentschaftswahlen 2006 wurde diese europa- und mittlerweile weltweite Aktion der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bereits zum sechsten Mal durchgeführt. Von Zagreb bis Buenos Aires, von Zürich bis Helsinki wurden berühmte Denkmäler zum Verstummen gebracht, während Plakate Forderungen wie „Freies Belarus“, „Gebt den Menschen in Belarus eine Stimme“ oder einfach „Gebt der Demokratie eine Stimme“ zum Ausdruck brachten.

Über die Aktion berichtete Åsa Gunvén (JEF): „Wir junge Menschen sind überzeugt, dass wir die Welt, in der wir leben, verändern können, wenn wir grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Wir lehnen es ab, die Augen zu verschließen vor Menschenrechtsverletzungen, der Unterdrückung von Oppositionellen, den Eingriffen in Presse- und Versammlungsfreiheit und der Drangsalierung der Zivilgesellschaft in Belarus. Die JEF Free Belarus Aktion zeigt die Solidarität der Jugend quer durch Europa und die Welt, und ihre Bereitschaft zum Handeln. Und vor allem beweist sie, dass es nichts gibt, was sie stoppen kann und dass trotz einer desaströsen Visa-Regelung der EU, die junge Belarussen am Reisen hindert, und trotz der Unterdrückung durch den belarussischen Staat, junge Menschen in Belarus und im Rest Europas immer ein gemeinsames Projekt der Freiheit, Demokratie und europäischen Integration haben werden. Vor ein paar Tagen habe ich mich über Skype mit einem Aktivisten in Belarus unterhalten, der uns in jeder Belarus-Aktion der letzten sechs Jahre unterstützt hat. Er fasste es so zusammen, dass für ihn „sein ganzes Leben wie eine einzige große Belarus-Aktion aussieht!“ Und der Punkt ist,

2011

© Alexander Čajčyc

Demonstration für die Freilassung politischer Gefangener in Belarus mit Jude Law und Kevin Spacey (London, März 2011)

dass während wir gestern Nacht (nach der Free Belarus Aktion) sicher nach Hause gehen konnten, unsere Freunde in Belarus, die uns gerade ihre Bilder geschickt haben, mit Angst heimkehren müssen. Angst gefasst zu werden, Angst auf Fotos erkannt zu werden, Angst von der Universität geworfen zu werden oder ihre Arbeit zu verlieren, Angst verhaftet oder sogar gefoltert zu werden. Es ist aus Solidarität mit ihnen, dass wir vorletzte Nacht in über 100 Städten weltweit auf die Straßen gegangen sind. Damit wir ihre Leistung nie vergessen, haben wir diese Aktion in den letzten sechs Jahren auf die Beine gestellt und wir werden in den kommenden Jahren weitermachen – bis zu dem Tag an dem Belarus wirklich demokratisch ist."

Free Belarus Now

Angehörige und Freunde der inhaftierten belarussischen Regimegegner haben in Großbritannien die Initiative Free Belarus Now gegründet, um sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen und ein Ende der Verfolgung der belarussischen Zivilgesellschaft einzusetzen. Die Initiative fordert Regierungen und Wirtschaft weltweit dazu auf, die letzte Diktatur Europas für ihre Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen und strikte Wirtschaftssanktionen gegen das Lukaschenko-Regime zu verhängen. Die Initiative fordert die internationale Gemeinschaft außerdem dazu auf, Druck auf Belarus ausüben, damit freie und faire Wahlen, die internationalen Standards entsprechen und von internationalen Beobachtern anerkannt sind, durchgeführt werden. Zusammen mit dem Belarus Free Theatre und britischen NGOs hat Free Belarus Now bereits mehrere Kundgebungen in London organisiert, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern.

Über die weiteren Aktivitäten informiert die Webseite *www.freebelarusnow.org*

2009

© Amnesty International

Aktion von Amnesty International beim Southside-Festival für die Abschaffung der Todesstrafe in Belarus (Neuhausen, Juni 2009)

Todesstrafe in Belarus

Belarussische Regierungsvertreter erklärten sich 2010 bereit, beim Thema Todesstrafe mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Im Februar 2010 wurde eine parlamentarische Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet. Im September 2010 räumte die Regierung gegenüber dem UN-Menschenrechtsrat ein, dass die Abschaffung der Todesstrafe notwendig sei. Sie erklärte ihre Absicht, in der Öffentlichkeit auf eine Abschaffung hinzuwirken und diesbezüglich auch künftig mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Ungeachtet dessen wurden weiterhin Todesurteile verhängt und vollstreckt. Im Dezember 2010 hat sich Belarus in der UN-Generalversammlung bei der Abstimmung über ein weltweites Hinrichtungsmoratorium der Stimme enthalten.

In Belarus werden Gefangene in der Todeszelle erst wenige Momente vor ihrer Hinrichtung über die Exekution informiert. Man bringt sie in einen Raum, in dem ihnen in Anwesenheit des Gefängnisdirektors, des Staatsanwalts und eines weiteren Mitarbeiters des Innenministeriums mitgeteilt wird, dass ihr Gnadengesuch abgelehnt wurde und das Todesurteil nun vollstreckt wird. Dann werden sie in einen angrenzenden Raum gebracht. Dort zwingt man sie, sich hinzuknien und schießt ihnen in den Hinterkopf. Der Leichnam wird anschließend nicht den Familien überstellt. In den meisten Fällen werden die Angehörigen erst kurz nach der Exekution davon in Kenntnis gesetzt, der Bestattungsort wird ihnen aber nicht mitgeteilt.

Im März 2010 wurden Vasily Yuzepchuk und Andrei Zhuk hingerichtet. Die zwei Männer waren im Juni bzw. im Juli 2009 zum Tode verurteilt worden. Wie in Belarus üblich wurden auch in diesen beiden Fällen weder die Verurteilten noch ihre Angehörigen vorher über das Datum der Hinrichtung informiert. Andrei Zhuks Mutter erfuhr erst von der Hinrichtung ihres Sohnes, als sie am 19. März 2010 ein Lebensmittelpaket für ihn abgeben

wollte. Die Todesurteile wurden vollstreckt, obwohl sich die beiden Männer an den UN-Menschenrechtsausschuss gewandt hatten. Dieser hatte die belarussische Regierung am 12. Oktober 2009 gebeten, die Todesurteile nicht zu vollstrecken, solange der Ausschuss die Fälle überprüft.

Oleg Grishkovtsov und Andrei Burdyko wurden am 14. Mai 2010 vom Regionalgericht Hrodna wegen Mord, bewaffneten Überfalls, Brandstiftung, Entführung eines Minderjährigen, Diebstahl und Raub zum Tode verurteilt. Am 17. September 2010 wies der Oberste Gerichtshof die von den beiden Männern eingelegten Rechtsmittel zurück. Im Mai 2011 war der Stand der Gnadengesuche, die ihre Familien bei Präsident Lukaschenko eingereicht haben, weiterhin unklar.

Am 14. September 2010 wurde Ihar Myalik vom Regionalgericht Mahilyou wegen mehrerer Raubmorde an der Fernstraße von Mahilyou nach Homel zum Tode verurteilt. Ein zweiter Angeklagter erhielt wegen derselben Straftat eine lebenslange Haftstrafe, ein dritter starb vor Abschluss des Verfahrens im Gefängnis.

Verbrechen müssen geahndet werden. Strafen dürfen jedoch niemals Leben und Würde des Menschen antasten. Doch die Todesstrafe verstößt gegen Menschenrechte. Sie ist eine vorsätzliche Tötung von Menschen durch den Staat. Amnesty International kämpft daher dafür, dass alle Staaten diese Strafe in Gesetz und Praxis abschaffen.

Amnesty International setzt sich seit über 30 Jahren gegen diese Strafe ein. Und dies mit zunehmendem Erfolg: Immer mehr Staaten schaffen die Todesstrafe ab. In Europa ist Belarus das letzte Land, das Menschen hinrichtet. Deshalb setzen sich Gruppen und Mitglieder seit Jahren mit zahlreichen Aktionen für die Abschaffung der Todesstrafe in Belarus ein.

Beim Southside-Festival im Juni 2009 sammelten Mitglieder der Amnesty-Gruppe Albstadt 1918 Bilder, mit denen die Festivalbesucher ein Ende der Exekutionen in Belarus forderten. Die Fotos der Jugendlichen wurden an Präsident Lukaschenko und Kopien an die belarussische Botschaft in Berlin verschickt.

(Verfasser: Amnesty International)

Mehr Infos zu Belarus und Möglichkeiten, sich zu engagieren, finden Sie online:
Libereco – Partnership for Human Rights: *www.lphr.org*
Amnesty International Belarus-Koordinationsgruppe (D): *www.amnesty-berlin1310.de*
Amnesty International Belarus-Länderkoordination (CH): *www.belarus-actions.org*
Kultur Aktiv: *www.kulturaktiv.org* und *www.showbelarus.eu*
Bund für Soziale Verteidigung: *www.soziale-verteidigung.de*
Deutsch-Belarussische Gesellschaft: *www.dbg-online.org*

Weitere Informationen zur Lage in Belarus finden Sie auf diesen Webseiten:
Belarussische Organisationen
Menschenrechtszentrum Viasna 96: *www.spring96.org*
Bürgerrechtsorganisation Charter 97: *www.charter97.org*
Committee for Defence of the Repressed „Salidarnasc“: *www.salidarnasc.org*
Belarussisches Helsinki Komitee: *www.belhelcom.org*
Belarussischer Journalistenverband: *www.baj.by*
Assembly of NGOs of Belarus: *www.facebook.com/Assembly.Belarus*
Belarusian Legal Portal: *www.prava-by.info*
Bewegung „Für Freiheit“: *www.pyx.by*
Malady Front: *www. mfront.net*

Nachrichten
Euroradio: *www.euroradio.fm*
Belarus News: *www.naviny.by*
Belarus Digest: *www.belarusdigest.com*

Internationale Organisationen
Initiative Free Belarus Now: *www.freebelarusnow.org*
Office for a Democratic Belarus: *www.democraticbelarus.eu*
Human Rights House: *www.humanrightshouse.org*
BYwatch: *www.belaruswatch.org*
Civic Belarus: *www.civicbelarus.eu*
Civil Rights Defenders: *www.civilrightsdefenders.org*
Forum 18: *www.forum18.org*
Reporter ohne Grenzen: *www.rsf.org*
Menschenrechte in Belarus e.V.: *www.human-rights-belarus.org*
Europäischer Austausch: *www.european-exchange.org*

Libereco

Partnership for Human Rights

Libereco wurde 2009 in Deutschland und 2010 in der Schweiz gegründet und setzt sich für die Achtung der politisch-bürgerlichen Menschenrechte ein. Dies sind die Rechte auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Pressefreiheit sowie auf Gewissens- und Religionsfreiheit. In unserer Arbeit berufen wir uns auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und den Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte von 1966.

Wir setzen uns für politisch Verfolgte ein, für Menschen, die staatlichen Repressionen ausgesetzt sind weil sie sich politisch oder zivilgesellschaftlich engagieren. Wir mischen uns ein, wenn Menschen deshalb verfolgt werden, weil sie ihre Meinung frei äußern, friedlich demonstrieren oder eine NGO gründen wollen. Unser Schwerpunkt liegt auf autoritär bzw. diktatorisch regierten Ländern. Den Menschen, die in diesen Staaten unter politischer Verfolgung und Unterdrückung leiden, möchten wir beistehen. Unser erstes Schwerpunktland ist Belarus (Weißrussland). Langfristig möchten wir eine Arbeit zu weiteren Ländern aufbauen.

Im engen Austausch mit belarussischen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickeln wir Partnerschaften, um gemeinsam gegen Menschenrechtsverletzungen in Belarus aktiv zu werden. Unser besonderer Einsatz gilt den ca. 30-40 politischen Gefangenen in Belarus (Stand Mai 2011). Um die Freilassung dieser Gewissensgefangenen zu fordern, haben auf Bitten von Libereco hin zahlreiche Abgeordnete des deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments Patenschaften für die politischen Gefangenen übernommen.

Kontakt:
Libereco – Partnership for Human Rights e.V.
Postfach 600507
50685 Köln (Deutschland)

Libereco – Partnership for Human Rights
8000 Zürich (Schweiz)

www.lphr.org
info@lphr.org

Spendenkonto Deutschland:
Empfänger: Libereco
Bank: GLS Bank
Konto-Nr.: 4027536700
BLZ: 43060967
IBAN: DE 1943 0609 6740 2753 6700
BIC bzw. SWIFT: GENODEM1GLS

Spendenkonto Schweiz:
Empfänger: Libereco
Bank: Schweizerische Post, Postfinance
Postkonto: 85-792427-8
IBAN: CH61 0900 0000 8579 2427 8
BIC bzw. SWIFT: POFICHBE

Abo des Belarus-Newsletters:
www.lphr.org/de/unterstuetzen/newsletter

AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International ist eine weltweite, von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Mitgliederorganisation, die sich auf der Grundlage der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" für eine Welt einsetzt, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation, die 2011 ihren 50. Geburtstag feiert, liegt im freiwilligen Engagement von nunmehr weltweit mehr als 3 Millionen Mitgliedern und UnterstützerInnen in ca. 100 Ländern, in denen Amnesty International vertreten ist.

Insbesondere arbeitet Amnesty International:

- für die Aufklärung aller Menschenrechtsverletzungen
- gegen Folter, Todesstrafe und Verschwindenlassen von Menschen
- für die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen
- für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen
- für den Schutz von Flüchtlingen, gegen Rassismus und Diskriminierung
- für den besonderen Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Förderung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sowie die Abschaffung der Todesstrafe sind Schwerpunkte der Amnesty-Arbeit zu Belarus.

Kontakt der Belarus-Koordinationsgruppe in Deutschland:
Amnesty International
Sekretariat der deutschen Sektion e. V.
Gruppe 2349
Büro Berlin
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

www.amnesty-berlin1310.de
info@amnesty-berlin1310.de

Tel. +49 (0) 228 983 730
Fax +49 (0) 228 630 036

Kontakt Belarus-Länderkoordination in der Schweiz:
Amnesty International
Schweizer Sektion
Belarus-Länderkoordination
Postfach
3001 Bern

www.belarus-actions.org
info@belarus-actions.org

Tel. +41 (0) 31 307 2222
Fax +41 (0) 31 307 2233

Spendenkonto Deutschland:
Empfänger: Amnesty International
Bank: Bank für Sozialwirtschaft
Verwendungszweck: 1310 / Spende Belarus-Arbeit
Kontonummer: 80 90 100
BLZ: 370 205 00
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC bzw. SWIFT: BFSWDE33

Spendenkonto Schweiz:
Empfänger: Amnesty International
Bank: Schweizerische Post, Postfinance
Postkonto: 30–3417–8
IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8
BIC bzw. SWIFT: POFICHBE

Der Kultur Aktiv e.V. aus Dresden verfolgt das Ziel der Förderung von Kunst und Kultur. Durch unsere Projekte und Aktivitäten regen wir die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Künstlern an und fördern nachhaltig den Kulturaustausch in Europa. Kunst stellt für uns ein geeignetes Medium zu Völkerverständigung, nichtformaler Bildung und soziokultureller Partizipation dar.

Schwerpunkte der Arbeit liegen räumlich auf Mittel- und Osteuropa sowie inhaltlich auf zeitgenössischer Kunst und Kultur. Unser Verein engagiert sich seit mehreren Jahren mit eigenen Projekten in Belarus zur Unterstützung von Künstlern und zivilgesellschaftlichen Akteuren. So haben wir seit 2005 immer wieder Konzerte, Ausstellungen und Jugendseminare in Belarus organisiert und angeregt, um besonders jungen Menschen eine Perspektive „über den Tellerrand" der belarussischen Verhältnisse hinaus zu ermöglichen. Durch Gastreisen belarussischer Künstler nach Deutschland konnten wir zudem auf die schwierige Situation in Belarus aufmerksam zu machen.

Unser aktuelles Projekt heißt „Show Europe – Show Belarus", in dessen Rahmen im Herbst 2011 eine Gastreise belarussischer Künstler und eine Fotoausstellung dem deutschen Publikum aktuelle zeitgenössische Kunst (Musik, Fotografie, Action Art) aus Belarus zeigen wird. Dabei treten belarussische und deutsche Künstler gemeinsam auf und bieten durch diesen kreativen Kontrast einen seltenen und anregenden Einblick in Verschiedenheit und Gemeinsamkeiten beider Länder und ihrer Menschen. Im April 2012 findet dann der Gegenbesuch der deutschen Künstlergruppe in Belarus statt. Unsere Aktivitäten sind Teil des Europäischen Projekts „Show Europe – Show Belarus" mit weiteren Partnern aus Schweden, Estland, Litauen und Portugal. Das Projekt wird mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert.

Kontakt:
Postanschrift:
Der Kultur Aktiv e.V.
Louisenstraße 29
01099 Dresden

Büroanschrift:
Bautzner Straße 49
01099 Dresden

www.kulturaktiv.org
www.showbelarus.eu

Tel. +49 (0) 351 811 37 55
Fax +49 (0) 351 811 37 54

Bürozeiten montags bis freitags
9.00 - 19.00 Uhr

Spendenkonto:
Empfänger: Kultur Aktiv e.V.
Bank: Dresdner Volks- und Raiffeisenbank eG
Kontonummer: 350 947 1001
BLZ: 850 900 00
IBAN: DE54 8509 0000 3509 4710 01
BIC bzw. SWIFT: GENODEF1DRS

Der Bund für Soziale Verteidigung ist ein Fachverband der deutschen Friedensbewegung zur Entwicklung gewaltfreier Methoden und Alternativen zum Militär. 1989 gegründet arbeitet er in diesen drei Bereichen:

- International gewaltfrei
- Bildung im Inland
- Pazifismus und Militärkritik

Neben der Geschäftsstelle in Minden engagieren sich die 450 Einzelmitglieder und 40 Mitgliedsorganisationen im Vorstand und fünf bundesweiten Arbeitsgruppen. Etwa 1000-1500 Menschen unterstützen uns mit ihrer Spende.

Seit 2005 unterstützt der BSV Rechtsschutzinitiativen und Bildungsarbeit gegen Gewalt in Belarus (Weißrussland). Hierbei geht es dem BSV nicht um einen „Demokratieexport", sondern darum, freiwillig arbeitende gewaltfreie Gruppen in ihrer Selbstorganisation zu stärken. Die dabei stattfindende „Demokratisierung von unten" kann so zur Entwicklung einer emanzipierten und gewaltfreien Gesellschaft führen.

Mehr zu den Belarus-Projekten des BSV unter:
http://www.soziale-verteidigung.de/international-gewaltfrei/belarus/

Kontakt:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

www.soziale-verteidigung.de
belarus@soziale-verteidigung.de

Tel. +49 - (0) 571 294 56
Fax +49 - (0) 571 230 19

Bürozeiten montags bis donnerstags
9.00 - 15.00 Uhr und freitags 9.00 - 13.00 Uhr

Spendenkonto:
Empfänger: Bund für Soziale Verteidigung
Bank: Sparkasse Minden-Lübbecke
Kontonummer: 89 420 814
BLZ: 490 501 01
IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC bzw. SWIFT: WELADED1MIN

Abo des Belarus-Newsletters:
belarus@soziale-verteidigung.de

Die deutsch-belarussische gesellschaft e.V. (dbg) wurde 1999 in Berlin gegründet. Ziele sind die Förderung der Völkerverständigung, der Wissenschaft, der wirtschaftlichen Kooperation und die Vernetzung der deutschen Belarus-Aktivitäten. Die Gesellschaft veranstaltet Experten- und Hintergrundgespräche, Vorträge und Tagungen. Die Arbeitskreise Politik/Gesellschaft, Kultur, Umwelt, Wirtschaft und Wissenschaft dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch in den deutsch-belarussischen Beziehungen.

Seit ihrer Gründung ist die dbg Veranstalterin des „Minsk Forum", einer seit 1997 stattfindenden internationalen Jahreskonferenz zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Belarus. Dabei treffen sich Vertreter aus Nachbarstaaten, Westeuropa und den USA regelmäßig zum offenen Dialog mit Repräsentanten aus Belarus.

Darüber hinaus veranstaltet die dbg Veranstaltungen in Berlin, bei denen Politiker, Unternehmer, NGO-Repräsentanten aus Belarus und Deutschland ins Gespräch kommen. Diese Veranstaltungen führt die dbg in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, politischen Stiftungen oder anderen Organisationen durch. Außerdem veranstaltet die Gesellschaft Konzerte belarussischer Künstler und Dichter-Lesungen.

Kontakt:
deutsch-belarussische gesellschaft e.V.
Schillerstraße 59 (Raum 317)
10627 Berlin

www.dbg-online.org
info@dbg-online.org

Tel. +49 - (0)30 206 134 644
Fax +49 - (0)30 206 134 649

Spendenkonto:
Empfänger: dbg
Bank: Postbank Berlin
Kontonummer: 499 585 106
Bankleitzahl: 100 100 10
IBAN: DE85 1001 0010 0499 5851 06
BIC bzw. SWIFT: PBNKDEFF

Die NGO Civic Belarus mit Sitz in Tschechien ruft zu Spenden auf, mit denen die Opfer politischer Repression in Belarus direkt unterstützt werden.

Mit den Spenden wird folgenden Personen und Organisationen geholfen:

- politische Gefangene und ihre Familien (Kosten der Rechtsanwälte, Kauf von Medizin, finanzielle Hilfe für Familien, die ihren hauptsächlichen Brotverdiener verloren hat)
- Menschen, denen aufgrund ihrer politischen Meinung und ihrer Aktivitäten gekündigt wurde oder die deshalb von der Universität verwiesen wurden
- NGOs und unabhängige Medien, die vom belarussischen Staat verfolgt werden

Über die Verteilung der Spenden wird von Mitgliedern von Civic Belarus (Vaclav Havel, Jan Ruml, Petruska Sustrova, Petr Bratsky, Marek Svoboda, Jaromir Stetina and Martin Vidlak) zusammen mit belarussischen Menschenrechtsorganisationen und der Vereinigung der Familien der politischen Gefangenen entschieden.

Civic Belarus wird auf ihrer Webseite *www.civicbelarus.eu* über die Verwendung der Spenden informieren. Wer darüber per E-Mail informiert werden möchte, sendet seine Kontaktdaten diesbezüglich an *info@civicbelarus.eu*

Libereco unterstützt die Aktion von Civic Belarus. Spender aus Deutschland und der Schweiz können Ihre Spende mit dem Verwendungszweck „Aktion Civic Belarus" an Libereco überweisen und erhalten dafür eine Spendenbescheinigung für ihre Steuererklärung. Libereco leitet alle Spenden vollständig an Civic Belarus weiter.

Spendenkonto Deutschland:
Empfänger: Libereco
Verwendungszweck:
„Aktion Civic Belarus"
Bank: GLS Bank
Konto-Nr.: 4027536700
BLZ: 43060967
IBAN: DE 1943 0609 6740 2753 6700
BIC bzw. SWIFT: GENODEM1GLS

Spendenkonto Schweiz:
Empfänger: Libereco
Verwendungszweck: „Aktion Civic Belarus"
Bank: Schweizerische Post, Postfinance
Postkonto: 85-792427-8
IBAN: CH61 0900 0000 8579 2427 8
BIC bzw. SWIFT: POFICHBE

Spender außerhalb Deutschlands und der Schweiz überweisen ihre Spende bitte direkt an Civic Belarus:
Empfänger: Civic Belarus
IBAN: SK1283300000002900120912
BIC bzw. SWIFT: FIOZSKBAXXX

Von Civic Belarus werden maximal 5% des Spendenaufkommens für die Verwaltung der Sammelaktion verwendet.

Am Ende dieser Broschüre einige Anregungen und Bitten:

Informieren Sie sich weiterhin, was in Belarus passiert → Linkliste Seite 23

Appellieren Sie an die belarussischen Behörden, fordern Sie die Achtung der Menschenrechte und die Freilassung der Gewissensgefangenen ein → aktuelle Aktionsaufrufe finden Sie auf den Webseiten von Amnesty International und Libereco

Demonstrieren Sie für die Menschenrechte in Belarus → in Berlin organisiert Amnesty International regelmäßig Mahnwachen, die JEF Free Belarus Aktion findet einmal jährlich statt

Helfen Sie den Opfern politischer Repressionen in Belarus durch einen Beitrag an die Spendensammlung von Civic Belarus → Seite 30

Unterstützen Sie Kultur Aktiv, den Bund für Soziale Verteidigung, Amnesty International, die deutsch-belarussische gesellschaft und Libereco → durch Mitgliedschaft, aktive Mitarbeit, eine Spende oder Verlinkung zu den jeweiligen Webseiten

Abonnieren Sie die Belarus-Newsletter von BSV und Libereco → Seite 24 und 27

Besuchen Sie Belarus-Veranstaltungen → aktuelle Ankündigungen und einen Veranstaltungskalender finden Sie auf *www.dbg-online.org*

Mögen Sie uns auf Facebook → werden Sie Fan unserer Facebookseiten

Zeigen Sie unsere Ausstellung in Ihrem Ort → bei Interesse senden Sie Ihre Anfrage bitte an *info@lphr.org*

Organisieren Sie eine Belarus-Projektwoche in Ihrer Schule, Universität, Kirchgemeinde oder Jugendgruppe → wir, die oben genannten Organisationen, stehen Ihnen für Anregungen und eine Zusammenarbeit gern zur Verfügung

Herausgeber:
Libereco – Partnership for Human Rights
8000 Zürich (Schweiz)

Redaktion: Lars Bünger
Layout: Marco Fieber (Broschüre) und Stephan Hayoz (Ausstellung)
Kontakt: *info@lphr.org*

Die vorliegende Broschüre liefert Hintergrundinformationen zur gleichnamigen Foto-Ausstellung „Zivilgesellschaft und Menschenrechte in Belarus", die ein gemeinsames Projekt von Libereco, Amnesty International, Kultur Aktiv, dem Bund für Soziale Verteidigung und der deutsch-belarussischen Gesellschaft ist.

Wir danken dem German Marshall Fund of the United States für die finanzielle Förderung der Ausstellung.

Allen Photographen und Organisationen, die uns unentgeltlich ihre Bilder zur Verfügung gestellt haben, gilt unser herzlicher Dank. Die Rechte an allen Bildern liegen bei den Photographen und Organisationen.

Die Texte in dieser Broschüre wurden, sofern es nicht anders gekennzeichnet ist, von Libereco verfasst und geben nicht immer die Meinung der anderen Organisationen wieder. Texte, die nicht von Libereco verfasst wurden, sind namentlich gekennzeichnet und geben die Meinung der Organisation wieder, die den Text verfasst hat. Die Vorstellungstexte der Organisationen wurden von diesen jeweils selbst verfasst.

Weitere Informationen zur Ausstellung und den Möglichkeiten, diese in Ihrem Ort zu zeigen, finden Sie auf der Webseite von Libereco unter *www.lphr.org*

Begleitbroschüre zur gemeinsamen Ausstellung von:

AMNESTY INTERNATIONAL

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG BSV

dbg.

KULTUR AKTIV

Libereco
Partnership for Human Rights

Mit freundlicher Unterstützung des:

G | M | F The German Marshall Fund of the United States

STRENGTHENING TRANSATLANTIC COOPERATION